Bestandsaufnahme und Perspektiven

Einleitung in die Serie

Roland Sturm

Die subjektiv erlebte Unübersichtlichkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ist schon häufig mit persönlichem Erleben von Teilrealitäten beschrieben worden. Die Komplexität von Abläufen, die mangelnde Vermittlung von Zusammenhängen und die Beschleunigung von Veränderungsprozessen fordern die politische Bildung fundamental heraus. Die GWP hat kein Patentrezept gegen Informationsüberflutung und das rapide Schwinden gemeinsamer Erfahrungen als Ergebnis einer zunehmenden gesellschaftlichen Individualisierung. Wir wollen aber einen bescheidenen Versuch unternehmen zu helfen, Rationalität und Irrationalität von Prozessen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandels besser einordbar zu machen. Dazu bedarf es des doppelten Mutes zum punktuellen Stillstand im Sinne der Bestandsaufnahme und des Weiterdenkens plausibler Perspektiven.

In der Gesellschaft begegnen uns zahllose Politikfelder, die sich chaotisch weiterentwickeln, ohne dass eine Struktur des Handelns erkennbar wird. Die alternde Gesellschaft müht sich um ein bezahlbares Rentensystem, trotzdem droht Altersarmut. Die Pflegebedürftigkeit nimmt zu, ohne dass eine humane Versorgung für alle gewährleistet werden kann. Der medizinisch-industrielle Komplex wuchert, aber die Deutschen werden nicht gesünder. Die Sozialpolitik macht einen immer größeren Anteil des Haushalts aus, nicht zuletzt weil mit der Garantie von Sozialleistungen Wahlen gewonnen werden sollen – soziale Zufriedenheit entsteht so aber nicht. Deutschland sieht sich inzwischen als Einwanderungsland, kann aber kein schlüssiges Konzept zur



Prof. Dr. Roland Sturm
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 69. Jahrg., Heft 1/2020, S. 79-81 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v69i1.09

Grenzsicherung vorweisen oder erklären, wie Parallelgesellschaften vermieden werden können. Die Vielfältigkeit der Anforderungen an die Integration von Neuankommenden wird weder zusammen gedacht noch mit ausreichender Flexibilität bewältigt. Beispiel Wohnungsmarkt, beileibe nicht nur ein Problem für Neubürger und Schutzsuchende. Sozialwohnungen wurden verkauft, der Bau von Sozialwohnungen erlebt eine neue Konjunktur. Aus Quellen, an die Wohnungspolitiker nie gedacht haben, wie Wohnungen als „Betongold" für Kapitalanleger oder Internetunternehmen, die Privatwohnungen als Ferienwohnungen vermieten, entsteht ein neuer Preisdruck auf dem Wohnungsmarkt.

In der Wirtschaft bleibt die Staatsschuldenkrise, zumindest was die Bedrohung von Haushalten von EU-Staaten betrifft, erhalten. Die unvollendete europäische Bankenunion lässt die EU bei Bankenpleiten in einem Zwiespalt. Der Brexit mischt die Karten des EU-Haushalts neu und verlangt von Deutschland größeres finanzielles Engagement. Die Kosten für Energiewende und Klimarettung mit vielen Widersprüchlichkeiten in der Ausführung, man denke an die Debatte um Windräder, Strompreise oder gar eine Renaissance der Kernenergie, sind hoch. Einige Ökonomen sagen die nächste Rezession voraus, wenn die Niedrig- bzw. Negativzinspolitik der EZB, die schwache Ökonomien stützt, an ihr Ende gerät. Ein Exportland wie Deutschland kann schwerlich auf seine Exportstärke im Maschinenbau verzichten. Die deutsche Autoindustrie sendet allerdings beunruhigende Signale. Der wirtschaftliche Multilateralismus, der Deutschland am Herzen liegen muss, wird durch nationale Egoismen bedroht (xy-First). Wirtschaftliche Konflikte wachsen sich zu politischen Konflikten aus. China und die USA haben hier eine Vorreiterrolle, aber auch Deutschland ist betroffen, ja direkt beteiligt, wie beim Konflikt USA-Rußland zur Gaspipeline Nordstream 2.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen treffen in Deutschland auf ein politisches System, das weit weniger stabil ist als früher. Extremismus, Islamismus, Populismus oder Antisemitismus sind mehr als Randerscheinungen. Die politischen Reaktionen waren und sind oft hilflos. Die Zivilgesellschaft ist erfinderisch, hat aber nur begrenzt Rezepte, die tragen. Der politische Willensbildungsprozess sucht sich ad hoc-Ventile zum Beispiel beim Klimaschutz, für den Weg durch die Gesetzgebung gibt es immer weniger Geduld. Die Politik steht auch nicht immer bereit. Politische Rationalität ist v.a. parteipolitische Rationalität, d.h. es geht um die nächsten Wahlen und um Koalitionsalternativen. Letztere sind angesichts der AfD-Erfolge in Gefahr, in eine gewisse Sackgasse zu geraten. Gesucht werden angesichts des politischen Gestaltungsbedarfs Gestaltungskoalitionen, anti-AfD Koalitionen suchen den kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Vielzahl der Koalitionen auf Landesebene erschwert die Kooperation im deutschen Föderalismus, der sich zu einem Verwaltungs- und Finanzföderalismus zurück entwickelt hat. Gesucht wird ein Hebel, der das stärker in den Vordergrund rückt, was das Grundgesetz eigentlich ausmacht und auch ausmachen sollte, die Demokratiefrage.

Mit diesen Hinweisen auf Gegenwartsprobleme von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik soll hier geendet werden. Unsere neue Serie zu Deutschland 2020/21 wird auch Themen abdecken, die bisher nicht genannt wurden. Vor allem aber treibt uns

die Frage nach den Perspektiven um. Die Ratlosigkeit angesichts immer neuer Herausforderungen wurde häufig genug formuliert – weiterführend sind nur Ideen, die Struktur in Zukunftsvisionen bringen.

Methodisch gehen die Beiträge der Serie einen Weg, der von unseren ansonsten geltenden Gestaltungsprinzipien etwas abweicht: Nicht die Analyse des Fallbeispiels (Beispiel: Koalitionsdisziplin) soll Zusammenhänge erkennbar machen, sondern die Übersicht über das gesamte Themenfeld (Parlament) soll quasi als Landkarte zur Orientierung dienen.

Wir eröffnen die Serie mit einem Text von Professor Norbert Lammert über das Grundgesetz. Der Autor hat in vielen Jahren als Präsident des Deutschen Bundestages erlebt, wie die deutsche Verfassung im Streit der politischen Interessen zahlreiche Änderungen erfahren musste, aber zugleich Leuchtturm für das politische Handeln mit nie geminderter Strahlkraft geblieben ist.